

INDUSTRIE- UND HANDELSKAMMERN IMMER WIEDER STREIT UM MITGLIEDSCHAFT

Verweigerer zahlt per Schubkarre

ZWANGSABGABE IHK-Mitgliedschaft - für Axel Czoski reiner Zwang und ein teurer dazu. Er verweigerte die Beiträge. Dann wurde ihm gedroht: Geld oder Gefängnis.

VON INGMAR NEHLS

NEUBRANDENBURG. Die Geldstücke hüpfen scheinend in der rostigen Schubkarre. Axel Czoski steuert das moderne Verwaltungsgebäude der Industrie- und Handelskammer zu Neubrandenburg an. Im Foyer stellt er die Karre mit 500 Euro in Münzen vor der verwundert schauenden Empfangsdame ab. „Hier möchte ein Mitglied seinen Beitrag zahlen“, sagt sie in das Telefon. „Ein Zwangsmitglied“, korrigiert sie Czoski. „Ich bin ein Zwangsmitglied. Das ist ein Unterschied“, stellt er klar.



Axel Czoski

Der 45-Jährige verbreitet Hektik am Morgen. Auf Unruhe und Grundsatzdiskussionen scheint hier niemand eingestellt zu sein. Auf seiner Brust steht in schwarzen Buchstaben: „Schluss mit dem IHK-Schmarotzertum“ und auf dem Rücken: „IHK-Zwang. Nein Danke!“ Der Unternehmer aus Klein Dratow ist ein IHK-Verweigerer. Seit 1991 hat er keine Beiträge an die IHK abgeführt. Die ausstehende Summe beläuft sich mittlerweile auf 3500 Euro.

Jetzt hat sich der Streit aber zugespitzt: Zahlen oder Gefängnis. Das Amt Waren hat ihm Maßnahmen bis hin zur Erzwingungshaft angedroht, wenn er seine ausstehenden Beiträge nicht zahlt. „So weit kann ich nicht gehen. Mein Protest hat auch seine Grenzen. Es geht ums Prinzip, aber meinen Job darf ich nicht aufs Spiel setzen“, erklärt Czoski. Er zahlt, macht seinen Unmut aber durch die Schubkarrenaktion deutlich. „Ich möchte Krach machen und zur Diskussion aufrufen“, erklärt Czoski das Anliegen seiner Aktion.

„Ich habe nichts von denen, außer einer Zeitung, die ich nicht will“

Von den 23 000 Mitgliedern der IHK zu Neubrandenburg würden sich nur fünf oder sechs schriftlich beschweren, sagt Kammersprecher Eckhard Behr. „Es gibt viele, die sich über den Mitgliedszwang ärgern. Aber alle sind ruhig“, meint Czoski.

Er ist mit seinem Protest kein Einzelkämpfer. Ein Gärtner aus Trollenhagen stattete den Mitarbeitern in der Katharinenstraße auch schon einen Protest-Besuch ab. Damit ist die Neubrandenburger Kammer nach Jahren der Ruhe nun gleich zweimal gestört worden.

Auch die Kammer in Schwerin müsse sich mit einzelnen Verweigerern auseinandersetzen, wie Kammersprecher Andreas Kraus, erzählt. „Es handelt sich aber um Einzelfälle“, betont Kraus. Der Rostocker

Kammersprecher Sven Gerald Olsen kann von keinem offensiven Vorgehen der Unternehmerschaft im Bereich der IHK-Rostock berichten. „Unser Weg muss es sein, die Unternehmer immer wieder von unseren Leistungen zu überzeugen“, sagt der Rostocker Kammersprecher. Die Zahl an Unternehmern, die ihre Beiträge nicht zahlen, sei nicht groß, so Aussagen aus allen drei Kammern in MV.

Czoski ist als Mediaberater in Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen und Sachsen-Anhalt unterwegs und hat viel Kontakt zu Kleinbetrieben. „Viele sind verärgert darüber, dass es einen Mitgliedszwang gibt“, sagt der Unternehmer. „Ich möchte nicht die IHK in Frage stellen. Für manche Branchen macht sie Sinn.

Aber nicht für alle. Ich habe nichts von denen, außer einer Zeitung, die ich nicht will“, meint Axel Czoski.

Eckhard Behr von der IHK entgegnet darauf, dass der Handelsvertreter täglich das Straßennetz nutze und die IHK sich für den Ausbau vieler wichtiger Straßen eingesetzt habe. „Man hat ihm auch Schulungen angeboten. Die hat er abgelehnt“, sagt Behr. Der Kammer-Sprecher verweist auf die Gesetzesgrundlage, nach der Czoski als Unternehmer dazu verpflichtet ist, der IHK beizutreten und entsprechend Beiträge zu zahlen. „Das Gesetz ist überholt und nicht mehr zeitgemäß“, befindet Czoski.

IHK-Sprecher Behr sieht die Kammer auf Höhe der Zeit und begründet dies mit der hohen Zahl der Unternehmen, die die Leistungen der IHK in Anspruch nehmen und der vielen Mitglieder, die sich ehrenamtlich in Prüfungsausschüssen engagieren. Axel Czoski fühlt sich durch die derzeitige Gesetzeslage in seinem Freiheitsrecht eingeschränkt. „Ich möchte mir meine Vereinigung selbst aussuchen“, sagt er und fordert eine Gesetzesänderung. Von der Politik sei er bei diesem Problem aber im Stich gelassen. „Die trauen sich an das Thema nicht ran“, vermutet der Unternehmer.

Zurück im Foyer der Kammer Neubrandenburg: Nachdem zwei Mitarbeiter der Neubrandenburger IHK die Münzen aus der Karre gezählt und die erste Rate in kleinen Geldtürmchen aufgebaut haben, erhält Czoski eine Quittung und fährt mit der alten Schubkarre aus dem Gebäude. Er hievt die Karre in den Kofferraum seines schwarzen Transporters. Ein kleiner Protestaufkleber zielt seine Heckklappe: das Logo des Bundesverbands für freie Kammern. 1300 Mitglieder hat er. „Vielleicht pflanzte ich den Transporter jetzt mit großen Aufklebern zu“, sagt Czoski. Sein Protest-Shirt wird jedenfalls beachtet. „Viele lesen sich das durch und klopfen mir auf die Schulter“, sagt Czoski.



Mit einer Schubkarre hat Axel Czoski einen Teil seiner IHK-Beiträge bei der Kammer abgeliefert.

Was ist die IHK

Die Deutsche Wirtschaft wird in den 80 regionalen Industrie- und Handelskammern (IHK) und deren Dachorganisation Deutscher Industrie- und Handelskammertag (DIHK) organisiert. Alle Unternehmen, mit Ausnahme reiner Handwerksunternehmen, Landwirtschaften und Freiberufler, die nicht ins Handelsregister eingetragen sind, sind zu einer Mitgliedschaft in ihrer regionalen IHK verpflichtet. Die IHK vertritt als öffentlich-rechtliche Selbstverwaltungskörperschaft das Interesse ihrer zugehörigen Unternehmen gegenüber Kommunen, Landesregierungen und regionalen staatlichen Stellen. Dabei erfüllen sie u. a. folgende Aufgaben: Förderung der gewerblichen Wirtschaft, Service und Unterstützung/Beratung für die Mitgliedsunternehmen, öffentliche Bestellung und Vereidigung von Sachverständigen, Erstellung von gutachterlichen Stellungnahmen, Überwachung und Förderung der kaufmännischen und gewerblichen Berufsbildung, Durchführung von Fort- und Weiterbildungen.

Das sagen die Politiker

SPD: Jochen Schulte, Wirtschaftspolitische Sprecher: „So lange die Kammern öffentliche Aufgaben übertragen bekommen, brauchen wir die Pflichtmitgliedschaft. Für eine freiwillige Mitgliedschaft müsste das ganze System überdacht werden.“

Die Linke: Helmut Holter, Fraktionsvorsitzender und Wirtschaftspolitische Sprecher: „Wir fordern eine grundlegende Reform der IHK, u.a. mit dem Ziel, die gesetzlichen Kernaufgaben strikt zu beschränken sowie Transparenz und parteipolitische Neutralität herzustellen. Ertragschwache Klein- und Kleinunternehmen, die zurzeit ungleich stärker belastet werden als Großkonzerne, müssen von der Beitragspflicht befreit werden.“

FDP: Michael Roof, Wirtschaftspolitische Sprecher: „Die Kammern sind die geeignete Struktur der Selbstverwaltung. Die muss für alle einheitlich bindend sein. Wer die Pflichtmitgliedschaft in Frage stellt, stellt auch die Selbstverwaltung in Frage.“

CDU: Wolfgang Waldmüller, Wirtschaftspolitische Sprecher: „Die Kammern nehmen öffentliche Aufgaben wahr, die allen Mitgliedsunternehmen zugute kommen. Dies wäre bei Abschaffung der Pflichtmitgliedschaft nur unter Inkaufnahme von mehr Bürokratie und höheren Kosten möglich.“

Ausbildung kostengünstiger

WIRTSCHAFT Die Kammern verteidigen die Pflichtmitgliedschaft und weisen dabei auch auf ihre Leistungen hin.

SCHWERIN/NEUBRANDENBURG/ ROSTOCK (INEH). In der Diskussion um die Pflichtmitgliedschaft weisen die drei Kammern unisono auf die Rechtslage hin. „Wer seine Beiträge nicht zahlt, handelt gegen das Gesetz“, sagt Andreas Kraus von der IHK zu Schwerin. Sein Rostocker Kollege, Sven Gerald Olsen, weist auf eine Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes hin, nach der die Vereinigungsfreiheit nicht vor einer gesetzlich angeordneten Eingliederung

in eine öffentlich-rechtliche Körperschaft schütze. „Viele Hunderte Mitglieder sitzen ehrenamtlich in Prüfungsausschüssen. Die Ausbildung des Nachwuchses wird von der IHK kostengünstiger geregelt, als es der Staat könnte. Darum haben wir diese Aufgabe auch übertragen bekommen“, sagt der Sprecher aus Neubrandenburg, Eckhard Behr.

Die Kammern vertreten das Gesamtinteresse der Wirtschaft. Dabei müssten verschiedene Meinungen gebündelt werden, wie Eckhard Behr sagt. Das branchenneutrale Vorgehen hat jetzt aber zum Streit mit der Dehoga geführt. Der Fachverband fordert eine Absenkung der Mehrwertsteuer auf sieben Prozent für die Hotellerie und Gastronomie. Die IHK spricht sich aber gegen eine

Steuerabsenkung aus. Dehoga-Sprecher Uwe Barsewitz wirft den Kammern vor, damit gegen die Interessen der Mitglieder zu handeln. „Wir müssen bei unseren Stellungnahmen das gesamte Steuersystem beachten“, verteidigt Sven Olsen von der IHK zu Rostock.

Die Dehoga spricht sich gegen die Pflichtmitgliedschaft aus, verzichte aber auf sinnlose Kampagnen, wie Barsewitz sagt. „Darum versuchen wir, aus der Not eine Tugend zu machen und schöpfen die Leistungen der IHK maximal aus“, erklärt der Dehoga-Sprecher. Sven Olsen und auch die anderen Kammersprecher fordern die Unternehmern auf, sich von dem Gegenwert, den die Mitglieder für ihre Beiträge bekommen, zu überzeugen und die Leistungen der Kammern in Anspruch zu nehmen.

Ziviler Ungehorsam empfohlen

NEUBRANDENBURG Joachim Schwind ist im Vorstand des Bundesverbands für freie Kammern. Der 55-Jährige arbeitet als Versicherungsmakler in Neubrandenburg. Ingmar Nehls hat mit ihm gesprochen.

wandeln. Es geht nicht um die Abschaffung der IHK.

Aber die Unternehmer brauchen eine Interessenvertretung, oder nicht?



Joachim Schwind

Ruft der Bundesverband für freie Kammern zum Gesetzesbruch auf?

Nein, wir fordern die Unternehmer nicht zu einer Verweigerungshaltung auf, sondern empfehlen einen zivilen Ungehorsam im Rahmen der gesetzlichen Möglichkeiten. Die IHK soll es so schwer wie möglich haben, an die Zwangsbeiträge heranzukommen. Unser Hauptziel ist es, die Zwangsmitgliedschaft in eine freiwillige Mitgliedschaft umzu-

wandeln. Es gibt Branchen spezifische Vertretungen, wie beispielsweise die Dehoga im Gaststättengewerbe. Die IHK als Institution, die ein Gesamtinteresse vertreten will, halte ich für überflüssig. Es gibt nämlich kein Gesamtinteresse von allen Unternehmern in der Region. Die Bildungsangebote der Kammer sind zum Teil sogar marktschädlich, weil sie eine Konkurrenz für viele selbstständige Berater darstellen.

Wie müsste sich die IHK wandeln, um zeitgemäß zu sein?

Sie sollte sich nicht Dinge an Land ziehen, die nicht zu ihren eigentlichen Aufgaben gehören. Die Mitgliedschaft muss auf Freiwilligkeit basieren.

Wie würde sich die Mitgliederzahl dann verändern?

Die Kammern würden sicherlich viele Mitglieder verlieren. Zudem müsste überflüssiges Personal abgebaut werden, wenn sich die Kammer auf ihre Grundaufgaben beschränkt.

Werden sich künftig mehr Kammer-Kritiker öffentlich zu Wort melden?

Davon gehe ich aus, denn wir haben 1300 aktive und 500 indirekte Mitglieder und haben weiteren Zulauf.